



## Venezuela: Botschaften warnen vor neuem Putschversuch

Ein von der maoistischen, mit der rechten Opposition verbündeten Organisation "Bandera Roja" aufgestellter Ersatzkandidat im Bundesstaat Monagas, Luis Alberto Vargas, hat erklärt, hinter den Boykottaufrufen der Parteien AD, Copei, PJ und anderer Organisation steckten "dunkle Pläne". Die Vorschläge der boykottierenden Parteien hätten die "selbe Tonlage" wie am 11. April 2002, als die Opposition im Bund mit reaktionären Militärs gegen die gewählte Regierung geputscht hatte.

Vargas ist Ersatzkandidat für Norberto Peña von der sozialdemokratischen Oppositionspartei Acción Democrática, deren Spitze zum Wahlboykott aufruft. Im Falle eines Ausscheidens von Peña würde Vargas dessen Sitz in der Nationalversammlung einnehmen. Beide Kandidaten haben sich nach Worten Vargas' darauf verständigt, ihre Kandidatur zur Nationalversammlung nicht zurückzuziehen. Vargas sagte, er wolle sich den "Weisungen einer ausländischen Botschaft" nicht unterordnen und wolle am Aufbau einer "linken Opposition" zu Chávez mitwirken, die auch die "nationale Souveränität und Produktion" verteidige.

Die venezolanischen Botschaften im Ausland haben sich mit Erklärungen an die internationale Öffentlichkeit gewandt. So warnte Venezuelas Botschafter in Argentinien, Roger Capella Mateo, offen vor einem erneut drohenden Staatsstreich in seinem Heimatland und erklärte: "Wir werden niemals wieder eine putschistische Aggression gegen die Bolivarianische Verfassung und den Präsidenten Hugo Chávez zulassen".

Auch die Botschaft Venezuelas in Deutschland wandte sich mit einem Communiqué an die Solidaritätsbewegung. In der zweisprachig verbreiteten Erklärung heißt es u.a.: "Es ist hervorzuheben, dass diese Aktivitäten der Opposition von der Position begleitet werden, die die Regierung der USA gegenüber der Regierung des Präsidenten Hugo Chávez eingenommen hat, um die Bolivarianische Regierung zu isolieren und Aktionen außerhalb der von der gesetzlichen Ordnung des venezolanischen Staates festgelegten demokratischen Spielregeln zu unterstützen. AD, COPEI und PRIMERO JUSTICIA hatten als politische Akteure die Bedingungen akzeptiert, unter denen sich der gegenwärtige Wahlprozess entwickelt hat. Es ist notwendig, sich über die Entwicklung der Ereignisse informiert zu halten und alle möglichen Ausdrucksformen der Solidarität zu mobilisieren, um diesen internen und externen Faktoren entgegenzutreten, die gegen die demokratische und partizipative Natur des venezolanischen Prozesses vorgehen und den Frieden und den Stabilisierungsprozess angreifen, der nach dem April-Putsch und dem Erdölstreik des Jahres 2002 erreicht worden ist."

Die bürgerliche Presse in Deutschland verfolgt die Kampagne der venezolanischen Opposition ohne große Hoffnung. Aus einem Kommentar der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" spricht sogar unverhohlener Frust: "Denn dank einer notorisch uneinigen und moralisch diskreditierten Opposition, die ihr absehbares Desaster nur durch einen Wahlboykott meinte abwenden zu können, kann sich der revolutionär gestimmte Präsident Chavez womöglich bald einer verfassungsändernden Parlamentsmehrheit erfreuen. So war das mit der Demokratie nicht gedacht."

"Die Zeit" aus Hamburg und das "Handelsblatt" aus Düsseldorf bringen einen gleichlautenden Artikel unter der Überschrift "Chávez Dominanz wächst". Sie zitieren den Chávez-kritischen Professor der Simón-Bolívar-Universität von Caracas, Friedrich Welsch, der erklärte: "Die Opposition begeht gerade kollektiven Selbstmord". Sie informieren auch über die Haltung der internationalen Wahlbeobachter: "Delegationen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der EU, die im Vorfeld der Wahl nach Venezuela reisten, bezeichneten dagegen die Zusammenarbeit mit der Wahlbehörde bisher als gut und entschieden, als Wahlbeobachter an den Wahlen teilzunehmen. Die Opposition hatte zuvor Druck auf die Organisationen ausgeübt, sich nicht als Wahlbeobachter zur Verfügung zu stellen."

Die Mitglieder des vom Ombudsmann (Defensor del Pueblo = Verteidiger des Volkes) geleiteten Republikanischen Moralischen Rates, einer auf Bolívar zurückgehenden venezolanischen Besonderheit, die das moralisch

einwandfreie Verhalten der Volksvertreter überwachen soll, haben in einer offiziellen Erklärung mitgeteilt, dass die am morgigen Sonntag neu gewählte Nationalversammlung volle Legitimität genieße. Der vom Generalstaatsanwalt Isaías Rodríguez begleitete Ombudsmann Germán Mundaraín sagte, der von den oppositionellen Parteien ausgerufene Boykott stelle die Legitimität des Parlaments nicht in Frage. Das Gremium stehe voll hinter der Entscheidung des Nationalen Wahlrates, die Wahlen wie geplant am Sonntag durchzuführen.

Venezuelas Präsident Hugo Chávez schloß unterdessen aus, dass es dem nordamerikanischen Imperialismus gelingen könne, über das Volk Venezuelas hinwegzugehen. Sowohl das Volk als auch die Streitkräfte seien alarmiert, um Plänen zur Destabilisierung des Landes entgegenzutreten. Er rief zur Ruhe auf und erklärte, man müsse "Nerven aus Stahl" haben und dürfe sich nicht provozieren lassen. Die gegenwärtigen Ereignisse nannte er eine "Aggression des Imperialismus und seiner Lakaien im Land".

3.12.05, [www.redglobe.de](http://www.redglobe.de), [http://www.redglobe.de/index.php?option=com\\_content&tas](http://www.redglobe.de/index.php?option=com_content&tas)

---

Die URL für diesen Artikel ist: <http://www.puk.de/puk/article.php?sid=764>

Dieser Artikel kommt von [www.puk.de](http://www.puk.de) - Politik und Kultur